



Dienstag, 14. November 2023, 17:00 Uhr
~11 Minuten Lesezeit

Wertvolle Restposten

Ein halbes Jahrhundert nach ihrem offiziellen Ende sind die Spuren der Kolonialzeit immer noch spürbar.

von Wolfgang Sachsenröder
Foto: [imageBROKER.com/Shutterstock.com](https://www.imageBROKER.com/Shutterstock.com)

Es ist lange her, und mit Deutschland hat es eigentlich gar nichts zu tun. So denken viele über die Zeit der Kolonisation. Ganz richtig ist dieses Bild jedoch nicht. Die Bundesrepublik Deutschland hat bis heute mit Schadensersatzforderungen Namibias aus einer Zeit vor 100 Jahren zu tun. Was wenig bekannt ist: Damals fanden Massaker der deutschen Kolonialarmee an Einheimischen statt. Dabei war Deutschland – verglichen mit Großbritannien, Frankreich, Spanien, Portugal und selbst den Niederlanden – noch eine der „kleineren“ Kolonialmächte. Vordringlicher als Erinnerung und Wiedergutmachung wäre es

allerdings, dass die Kolonialzeit endlich vollständig endet. Noch immer gibt es nämlich Gebietsansprüche, Ausbeutungsstrukturen und das Bedürfnis nach Kontrolle seitens europäischer Länder gegenüber solchen des Südens. Auch die Migrationsbewegungen sind oft nicht ohne den Hintergrund der Kolonialgeschichte zu verstehen.

Das Thema Kolonialismus ist alles andere als beendet.

In Deutschland waren es zuletzt die Benin-Bronzen und ähnliche Museumsbestände, die uns an die eigene Kolonialgeschichte erinnerten. Dabei hatten die Alliierten das spät gewonnene Kolonialreich schon während des Ersten Weltkriegs übernommen. Problematischer war die Aufarbeitung der Massaker an den Herero und Nama im heutigen Namibia zwischen 1904 und 1908. Durch die deutsche Kolonialarmee verloren Hunderttausende Afrikaner ihr Leben. Erst hundert Jahre später klagten Nachfahren der Herero und Nama in den USA gegen die Bundesrepublik Deutschland auf Entschädigung. Die im Mai 2021 nach sechs Verhandlungsjahren versprochenen 1,1 Milliarden Euro Wiedergutmachung sollen in den nächsten 30 Jahren in Entwicklungsprojekte fließen, was viele ihrer Nachfahren in Namibia aber als unzureichend empfinden.

Für Deutschland hat die Kolonialzeit also immer noch unangenehme Spätfolgen. Für die großen historischen Kolonialmächte Portugal, Spanien, Niederlande, Frankreich, Belgien, Großbritannien und die USA schien das Thema Entkolonisierung nach den für beide Seiten verlustreichen Unabhängigkeitskriegen in vielen afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern weitgehend erledigt.

Abgesehen von spektakulären Aktionen, in denen die Denkmäler von Sklaven- und Opiumhändlern gestürzt werden, gibt es gelegentlich erfolglose Rückgabeforderungen an das British Museum, wie für die als Elgin Marbels bekannten Skulpturen vom Athener Parthenon. Aber es gibt auch Kritik am Neokolonialismus und einem „informellen Kolonialismus“.

Frankreich verliert gerade seinen Einfluss in den früheren Kolonien in Westafrika und zieht sich ganz aus Niger zurück, woher es bis jetzt strategisch wichtige Rohstoffe wie Uran zu Vorzugspreisen beziehen konnte. Abgesehen von solchen Spätfolgen bleibt aber noch ein kaum beachteter Rest der Kolonialgeschichte in Form von Territorien, die immer noch den alten Mächten gehören. Die folgende Auswahl soll daran erinnern.

Portugal und Spanien

Portugal war seit Ende des 14. Jahrhunderts der Pionier des Welthandels und des europäischen Kolonialismus. Schon die erste Reise von Vasco da Gama nach Indien (1497 bis 1499) war ein sensationeller wirtschaftlicher Erfolg. Der Verkauf der mitgebrachten Waren aus Indien brachte ein Vielfaches der gesamten Expeditionskosten ein.

Brasilien, fast hundertmal größer als Portugal war von 1500 an portugiesische Kolonie und wurde erst 1822 unabhängig. Im Land geblieben sind die Nachkommen der afrikanischen Sklaven, die für die Herstellung der „Kolonialwaren“ importiert wurden, sowie die portugiesische Sprache.

Angola, vierzehn Mal so groß wie Portugal, war seit 1655 Kolonie und von 1951 bis zur Unabhängigkeit 1975 als Überseeprovinz ein Teil des Mutterlandes. Der Abzug der Portugiesen hinterließ ein

Land im Bürgerkrieg, der bis 2002 dauerte und mehr als 200.000 portugiesische Siedler zurück ins Mutterland trieb, das sie nur mit Mühe integrieren konnte. Mit zahlreichen Stützpunkten entlang der indischen Küste und einem Vizekönig für Portugiesisch-Indien in Goa dominierte Portugal den Gewürzhandel zwischen Südostasien und Europa seit 1510.

Die Kolonie Goa fiel erst 1961 an Indien zurück. Als permissive Touristenattraktion ist die Region bis heute beliebt, was wohl auch ein Erbe des wenig invasiven Kolonialismus der Portugiesen ist. Die heutige Inselrepublik Ost-Timor kam im 16. Jahrhundert unter portugiesische Kontrolle und wurde 1975 unabhängig und sofort von Indonesien besetzt, zu dem der westliche Teil der Insel gehört. Erst 2002 wurde Ost-Timor wirklich unabhängig.

Das kleine Macao, etwa ein Drittel der Fläche Berlins, war seit 1557 portugiesische Kolonie und ging erst 1999 an China zurück. Im Gegensatz zu den meisten anderen Kolonien Portugals war Macao als „Las Vegas des Ostens“ vor allem durch seine Glücksspielindustrie finanziell erfolgreich. Im Rückblick hat Portugal als Pionier des Kolonialismus einen Teil seiner Kolonien am längsten halten können.

Spanien wurde unter Karl dem Fünften (1500 bis 1585), der deutscher Kaiser und König von Spanien war, die bei Weitem größte Kolonialmacht der Neuzeit. Es verlor aber, ähnlich wie Portugal, schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts seine Besitzungen in Lateinamerika und die ehemals spanisch-mexikanischen Territorien einige Jahrzehnte später an die USA. Übrig geblieben sind nur noch die problematischen Enklaven Ceuta, ironischerweise gegenüber der britischen Enklave Gibraltar, und Melilla in Marokko.

Die erste spanische Kolonie, von Kolumbus auf seiner zweiten Reise 1493 auf der Insel Hispaniola gegründet, wurde wenige Jahre später aufgegeben. Seit 1821 ist die Insel unabhängig von Spanien und

heute geteilt: ins westliche Haiti und die Dominikanische Republik im Osten. Interne politische Spannungen und amerikanische Interventionen hat die Dominikanische Republik besser überstanden als das ewig krisengeschüttelte Haiti. Heute ist sie ein tropisches Urlaubs- und Rentnerparadies.

Am Längsten in spanischem Besitz blieben die Philippinen, so benannt nach König Philip II., seit 1565 zunehmend kolonisiert und verwaltet vom spanischen Mexiko aus. Nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg 1898 übernahmen die USA den Archipel mit seinen 7.600 Inseln, brauchten aber einen erheblichen Militäreinsatz, um den Widerstand der Einwohner zu brechen. Erst 1946 entließen sie das Land in die Unabhängigkeit.

Großbritannien

Auf seinem Höhepunkt Anfang des 20. Jahrhunderts kontrollierte das Britische Weltreich fast ein Viertel der Landfläche der Erde. Die Kolonien sind heute so gut wie alle unabhängig, aber das als Commonwealth bekannte Erbe hat immer noch **56 Mitglieder** (https://en.wikipedia.org/wiki/Member_states_of_the_Commonwealth_of_Nations). Darunter sind Schwergewichte wie Australien, Bangladesch, Indien, Kanada, Malaysia, Neuseeland, Nigeria, Pakistan und Südafrika, aber auch Kleinstaaten und Inseln mit einer merkwürdigen Konzentration in der Karibik. Viele dieser kleinen Mitglieder zeichnen sich bei geringer Bevölkerung durch eine ungewöhnlich hohe Zahl von Bankfilialen, Anwaltskanzleien und Häusern mit vielen Briefkästen aus. Gelegentlich erregen diese Steuerparadiese weltweit Aufmerksamkeit, etwa als die Schweizer Privatbank Julius Baer 2002 für die Aufdeckung ihrer dunklen Bankgeheimnisse, das heißt ihrer Beihilfe zur Steuerhinterziehung, ihren Mitarbeiter Rudolf Elmer feuerte, der acht Jahre lang ihre vertraulichen Geschäfte auf den Cayman Inseln geleitet hatte.

Noch skandalöser war die Veröffentlichung der Panama Papers 2016, weil etliche prominente Persönlichkeiten und Politiker namentlich in den Listen auftauchten. Trotzdem bleiben die munter weiterlaufenden Geschäfte immer wieder im Dunkeln, ebenso wie die Höhe der eingesparten Steuern.

Das ist keineswegs eine nur britische Spezialität; die niederländischen und französischen Antillen stehen genauso für diskrete finanzielle Dienstleistungen zur Verfügung, allerdings auch US-amerikanische Bundesstaaten wie Delaware oder die britischen Kanalinseln Jersey und Guernsey vor der Küste Frankreichs. Der International Monetary Fund (IMF) schätzt die jährlichen Verluste durch Steuerparadiese weltweit auf 500 bis 600 Milliarden US-Dollar.

Das **Travel and Lifestyle Magazin Expatify**

[\(https://www.expotify.com/\)](https://www.expotify.com/) empfiehlt in der Karibik die Steuerparadiese Bahamas, Aruba, die amerikanischen und britischen Jungferninseln, St. Kitts und Nevis, Anguilla, Barbados, die Cayman Inseln, Antigua und Barbuda. Die britischen Übersee-Territorien Anguilla und Cayman werden von Expatify offen als „offshore financial center“ und „tax haven“ empfohlen. Barbados wolle zwar nicht als „tax haven“ gelten, sondern lieber als Niedrigsteuerland, aber das sei eine rein semantische Unterscheidung.

Frankreich

Das erste französische Kolonialreich ging 1803 mit dem spektakulären Verkauf von Louisiana zu Ende. Napoleon trat mehr als 2 Millionen km² an die USA ab, die ihr Staatsgebiet damit verdoppelten und mit lediglich 15 Millionen Dollar bezahlten. Heute liegen auf diesem Gebiet fünfzehn Bundesstaaten, und viele Städtenamen wie New Orleans oder Baton Rouge erinnern noch

aktuell an die französische Vergangenheit. 1830 begann das zweite Kolonialreich mit der Eroberung Algiers. Die Unterwerfung des ganzen Landes dauerte allerdings bis 1903. Tunesien war französisches Protektorat von 1881 bis 1956, Marokko von 1912 bis 1956. Weitere riesige Kolonialgebiete wurden in Westafrika, Äquatorialafrika und im Pazifik erworben sowie in Südostasien Vietnam, Laos und Kambodscha als Französisch Indochina.

Zwischen den beiden Weltkriegen, auf dem Höhepunkt, besaß nur Großbritannien mehr Kolonien als Frankreich. Was ist davon übrig geblieben? Zu den bis heute als französisches Staatsgebiet definierten Überseegebieten zählen dreizehn Territorien aus dem ehemaligen Kolonialbesitz. Überwiegend Inseln wie Guadeloupe und Martinique in der Karibik, Französisch- Polynesien und Neu-Kaledonien im Pazifik sowie Mayotte und La Reunion im Indischen Ozean. Sie sind voll integriert, wahlberechtigt und auch Mitglied der EU. In verschiedenen Territorien regen sich schon länger Unabhängigkeitsbestrebungen, wurden aber bisher nach mehreren Volksabstimmungen vertagt. Wie für einige der integrierten Restbestände des niederländischen Kolonialreichs sind Subventionen aus der Metropole immer noch ein Argument für den Status quo.

Die Niederlande

Mit der Gründung der Republik im Jahre 1581 begann für die Niederlande das Goldene Zeitalter. Es dauerte fast ein Jahrhundert und machte das kleine Land mit Innovationen, erneuerbarer Energie mit den windgetriebenen Sägemühlen für den Schiffbau, qualifizierte Einwanderung durch Religionsfreiheit und vielem mehr zu einem der reichsten Länder der Welt. Zu den wirkungsvollsten Innovationen gehörte 1602 die erste Aktiengesellschaft der Finanzgeschichte, die Vereenigde Oostindische Compagnie (VOC).

Sie legte den Grundstein für eine Seemacht ersten Ranges, die weltweit befestigte Stützpunkte, Handelskontore und Siedlungen gründete. Aggressiv bekämpfte sie die älteren Interessen der Portugiesen und Spanier in Südostasien und erwirtschaftete mit den begehrten Gewürzen der Region fabelhafte Gewinne.

Von 1602 bis 1949, fast 350 Jahre, beherrschten die Niederlande ein riesiges Kolonialreich, das heutige Indonesien. In Nordamerika gründeten niederländische Siedler 1613 Neu-Amsterdam, das heutige New York. In Südamerika sind niederländische Kolonien spät in die Unabhängigkeit entlassen worden, Surinam 1975, Aruba, eine Tropeninsel nördlich von Venezuela und kaum größer als Bonn, bleibt nach Unabhängigkeitsbestrebungen in den 1980er Jahren einvernehmlich ein Teil der Niederlande. Aruba und die etwas größeren Inseln Bonaire und Curacao, auch als ABC-Inseln oder historisch als „Inseln unter dem Winde“ bekannt, bleiben ebenso niederländisch wie Sint Maaten, dessen südliche Hälfte aber als Saint Martin französisch ist sowie Saba und Sint Eustatius.

Die Vereinigten Staaten und ihre weniger bekannten Territorien

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die interne Kritik an der ständigen Expansion der USA seit der Unabhängigkeit 1776 bissig und witzig. Satirische Zeitschriften wie *Puck* und *Judge* nahmen mit einem isolationistischen Unterton das ständige Wachstum des jungen Staates aufs Korn und verwiesen dabei gern auf den Imperialismus und Militarismus des einstigen Kolonialherrn Großbritannien. Zwischen 1845 und 1853 übernahmen die USA insgesamt 2,45 Millionen km² vom zuvor spanischen Mexiko, etwa ein Drittel ihrer heutigen Fläche und ganze zehn Bundesstaaten umfassend.

Hawaii, mehr als 3000 km vom amerikanischen Festland entfernt, war seit 1795 ein geeintes Königreich der ursprünglichen Einwohner. Amerikanische Siedler, vor allem Plantagenbesitzer, setzten 1893 mithilfe von Marinesoldaten die letzte Königin ab und betrieben den Anschluss an die USA. Über sechs Jahrzehnte blieb Hawaii lediglich ein „Territorium“ und wurde erst 1959, kurz nach der Integration des schon 1867 von Russland gekauften Alaska, durch den „Hawai'i Admission Act“ zum 50. Bundesstaat erklärt. Trotzdem wurde 1941 der japanische Angriff auf Pearl Harbour als Angriff auf die USA bewertet. Die polynesischen Urbevölkerung Hawaiis ist inzwischen auf knapp 11 Prozent geschrumpft, viele Asiaten, Japaner, Chinesen und Philippinos sind zugewandert, der Anteil Weißer ist der geringste unter allen Bundesstaaten der USA.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, nach den großen Übernahmen von Spanien, sprachen die Präsidenten Theodore Roosevelt und Woodrow Wilson noch unverhohlen von ihren Kolonien. Schließlich waren die britischen, französischen und niederländischen Kolonialreiche und das kleinere deutsche noch weit von der Entkolonisierung entfernt.

Aus den politischen Debatten dieser Zeit kann man allerdings auf Widerstand gegen die imperialistische Expansion schließen. Deshalb wurden die Neuerwerbungen auch schon vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehr Kolonien, sondern euphemistisch neutral zu „territories“ oder „unincorporated territories“ umbenannt. Diese Bezeichnung gilt bis heute für Puerto Rico in der Karibik, das aber offiziell auch als „Commonwealth“ oder „Free Associated State“ firmiert. Die Bewohner sind schon seit 1917 US-amerikanische Staatsbürger, allerdings mit eingeschränkter politischer Mitsprache, an den Kongresswahlen dürfen sie beispielsweise nicht teilnehmen. Immerhin hat die politische Abhängigkeit die Wirtschaft Puerto Ricos gefördert, es gehört laut IMF zu den „high-income economies“.

Ein besonderes Kapitel sind die rund 900 Militärbasen der USA rund um den Globus. Teilweise sind sie Restkolonien, wie Samoa, das 1899 zwischen Deutschland und den USA aufgeteilt worden war. Während die deutsche Kolonie im Ersten Weltkrieg verloren ging, besitzen die USA ihren Teil noch immer als „unincorporated territory“, die 45.000 Einwohner sind „non-citizen nationals“. Die Inselgruppe ging vor einiger Zeit durch die Medien, weil die USA um gute Beziehung mit dem früher deutschen, zwischen 1914 und 1961 von Neuseeland verwalteten und seit 1962 unabhängigen westlichen Teil der Inselgruppe werben. Von American Samoa war in den Medienberichten keine Rede.

Deutlich mehr diskutiert wird der Schwebestatus der japanischen Insel Okinawa. Sie wurde zur amerikanischen Kriegssikone, nachdem sie 1945 nach einer 82-tägigen Schlacht die Endphase der japanischen Niederlage einleitete. Während die USA die Besatzung Japans 1952 beendeten, halten sie weiterhin 32 Militärbasen auf Okinawa, von denen vor allem die Air Force im Vietnamkrieg abhängig war. Wegen der als zunehmend empfundenen Bedrohung durch China und die Nähe zu Taiwan sind die Regierungen in Tokio und Washington über die militärische Bedeutung der Inselgruppe einig und ignorieren regelmäßig die Proteste der Bevölkerung, die den Abzug der Amerikaner fordert.

Die Webseite von **World Beyond War**

(<https://worldbeyondwar.org/>) listet weltweit insgesamt 901 US-amerikanische Militärbasen auf, die einzeln aufgerufen werden können, oft auch mit Auskunft über ihren völkerrechtlichen Status. In Japan und Deutschland haben die USA mit den Regierungen über die andauernde und oft auch exklusive Nutzung der Basen weitestgehend Einvernehmen erzielt. World beyond War zeigt allerdings, dass das bei Weitem nicht überall so ist.

Der historische Kolonialismus hat weltweit Spuren hinterlassen, die übrig gebliebene Teile der Territorien immer noch einseitig nützlich

machen. Aber die Nachwehen der Entkolonisierung, wie wirtschaftliche Abhängigkeiten, Migrationsprobleme oder Reparationsforderungen bleiben der schwierigere Teil des Erbes.



Wolfgang Sachsenröder, Jahrgang 1943, hat als Politikberater in Asien, dem Mittleren Osten und Südosteuropa gearbeitet und lebt seit 2008 wieder in Singapur. Sein besonderes Interesse gilt Südostasien, dessen Politik er insgesamt 25 Jahre beobachtet und kommentiert hat. In seinem jüngsten Buch beschreibt er die Geschichte des Opiumhandels und dessen politische Folgen bis heute: „From Opium to Amphetamines — The Nine Lives of the Narcotics Industry in Southeast Asia“, erschienen im April bei WorldScientific. In seinem Blog **partyforumseasia.org** (<https://partyforumseasia.org/>) beleuchtet er politische Entwicklungen in der Region.